



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

31. Sitzung

Donnerstag, 27. September 2018

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedankworte	3567	Kältehilfe	3587
Ulrich F. Krüger, ehemaliger Abgeordneter	3567	Lars Dusterhöft (SPD)	3587
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	3567	Senatorin Elke Breitenbach	3587
Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde	3567	Marc Vallendar (AfD)	3587
1 Aktuelle Stunde	3568	Senatorin Elke Breitenbach	3587
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhaus von Berlin		Rigaer Straße	3587
Die Chancenstadt Berlin – starker Wirtschaftsstandort durch Innovation	3568	Kurt Wansner (CDU)	3587
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Senator Andreas Geisel	3588
Nicole Ludwig (GRÜNE)	3568	Kurt Wansner (CDU)	3588
Christian Gräff (CDU)	3570	Senator Andreas Geisel	3588
Frank Jahnke (SPD)	3572	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	3588
Florian Swyter (FDP)	3574	Senator Andreas Geisel	3588
Frank Jahnke (SPD)	3574	Ryanair	3589
Christian Buchholz (AfD)	3575	Carsten Schatz (LINKE)	3589
Harald Gindra (LINKE)	3577	Senatorin Elke Breitenbach	3589
Florian Swyter (FDP)	3579	Marcel Luthé (FDP)	3589
Frank Jahnke (SPD)	3579	Senatorin Elke Breitenbach	3589
Florian Swyter (FDP)	3579	Paul Fresdorf (FDP)	3590
Anja Schillhaneck (GRÜNE)	3580	Senatorin Elke Breitenbach	3590
Florian Swyter (FDP)	3580	Gedenkstätte Hohenschönhausen	3590
Bürgermeisterin Ramona Pop	3582	Daniel Wesener (GRÜNE)	3590
2 Fragestunde	3587	Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3590
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhaus von Berlin		Daniel Wesener (GRÜNE)	3592
		Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3593
		Sabine Bangert (GRÜNE)	3594
		Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3594
		Gedenkstätte Hohenschönhausen	3595
		Martin Trefzer (AfD)	3595
		Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3595
		Martin Trefzer (AfD)	3595
		Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	3595
		Carsten Ubbelohde (AfD)	3596

9	Gesetz zur Anpassung der Hinausschiebung des Eintritts von Richtern in den Ruhestand wegen des Erreichens der Altersgrenze auf Antrag und der Gewährung eines Zuschlages	3641	b) Tierversuche reduzieren II	3651	
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1317		Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/1313		
	Erste Lesung		Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)	3651	
	Ergebnis	3641	Adrian Grasse (CDU)	3652	
18	Folgeprojekt zum Gutachten „Die Unterstützung pädophiler bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung“: Vom Land Berlin unterstützten sexuellen Missbrauch endlich aufklären!	3642	Dr. Ina Maria Czyborra (SPD)	3652	
	Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/1222		Marc Vallendar (AfD)	3653	
	Thorsten Weiß (AfD)	3642	Dr. Michael Efler (LINKE)	3654	
	Zitieren von Senatsmitgliedern (Senatorin Sandra Scheeres)	3642	Stefan Förster (FDP)	3655	
	Thorsten Weiß (AfD)	3642	Ergebnis	3656	
	Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)	3643	31	Es reicht! – Abrechnungsbetrug in der ambulanten Pflege	3656
	Roman Simon (CDU)	3644		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1318	
	Katrin Seidel (LINKE)	3644		Thomas Seerig (FDP)	3656
	Paul Fresdorf (FDP)	3645		Ulker Radziwill (SPD)	3656
	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	3646		Tim-Christopher Zeelen (CDU)	3657
	Ergebnis	3646		Stefanie Fuchs (LINKE)	3658
22	Bundratsinitiative zur Änderung der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen)	3646	36	Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrkräften	3662
	Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/1262			Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1323 Neu	
	Frank Scholtysek (AfD)	3647		<u>hierzu:</u> Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/1323 Neu-1	
	Daniel Buchholz (SPD)	3648		Hildegard Bentele (CDU)	3662
	Danny Freymark (CDU)	3648		Dr. Maja Lasić (SPD)	3663
	Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	3649		Stefan Franz Kerker (AfD)	3664
	Henner Schmidt (FDP)	3649		Regina Kittler (LINKE)	3665
	Harald Moritz (GRÜNE)	3650		Paul Fresdorf (FDP)	3665
	Frank Scholtysek (AfD)	3650		Stefanie Remlinger (GRÜNE)	3667
	Harald Moritz (GRÜNE)	3650		Ergebnis	3668
	Ergebnis	3651	38	Menschenversuche verhindern: Keine Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung von Cannabis	3668
30	a) Tierversuche reduzieren I	3651		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1325	
	Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/1312			Ergebnis	3668
			42	Bildung einer Parlamentarischen Gruppe „Alternative für Deutschland“	3668
				Vorlage Drucksache 18/1316	
				Kay Nerstheimer (fraktionslos)	3669

(Präsident Ralf Wieland)

Herr Kollege Schneider, bitte schön! – Die Fraktionen haben bis zu fünf Minuten Redezeit.

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der hier besagte Antrag lag erstmals im Winter 2017 dem Ältestenrat vor. Er wurde zurückgezogen und neu eingebracht. Die dazu veranlasste Debatte, nämlich die Ausübung eines Ermessens, ist im Ältestenrat in mehreren Sitzungen gründlich erfolgt. Die Fraktion der SPD – und, ich glaube, alle Fraktionen dieses Hauses – sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Wir sehen uns durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gehalten, unter den dort gegebenen Prämissen und Maßstäben eine Abwägungsentscheidung zu treffen.

Legt man diese Prämissen zugrunde, dann muss nach der Spiegelbildlichkeitstheorie die Frage beantwortet werden, ob eine Parlamentarische Gruppe erforderlich ist. Das ist mit Nein zu beantworten, weil nach dieser Theorie eine Parlamentarische Gruppe im Abgeordnetenhaus sechs Personen umfassen müsste. Der größte Ausschuss, den wir haben, mit 28 Personen und unser d'hondtscher Verteilungsmechanismus – nach der Verfassung vorgegeben – ergeben diese Zahl. Bei kleineren Ausschüssen – und alle anderen sind kleiner – müsste die Gruppe noch größer sein. Ich erinnere daran, dass eine Fraktion sieben Teilnehmer haben muss. Es ist auch vom Bundesverfassungsgericht ausgemittelt, dass es in der Obliegenheit eines Parlamentes liegt, darüber zu befinden und eine Ermessensentscheidung zu treffen. Das ist keine Limitierung des freien Mandats.

Ferner haben wir uns angesehen – und der Kollege der FDP wird dazu auch noch etwas sagen –, ob es andere ermessensreduzierende Gesichtspunkte zu beachten gibt; und das haben wir sehr gründlich getan. – Sie, Herr Kollege, haben dieses Parlament gerade in Ihrem letzten Redebeitrag und in vielen anderen auf eine Besonderheit des Abgeordnetenhauses hingewiesen; das sind die umfangreichen Mitwirkungsrechte, die hier den Grad der Belästigung, der politischen Belästigung, deutlich überschreiten, und damit meine ich Ihren letzten Wortbeitrag. Sie kommen also in diesem Parlament nicht zu kurz!

Nach Abwägung aller Gesichtspunkte kommt das Haus, jedenfalls die SPD-Fraktion, zu dem Ergebnis, dass wir Ihren Antrag heute ablehnen werden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Beifall von Florian Swyter (FDP)]

Präsident Ralf Wieland:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Fresdorf das Wort.

Paul Fresdorf (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Nerstheimer! Kollege Wild! Torsten Schneider hat Ihnen gerade noch einmal das ganze Verfahren dargelegt, Ihnen beschrieben, wie intensiv wir uns mit Ihrem Wunsch nach der Bildung einer Parlamentarischen Gruppe auch schon im Ältestenrat beschäftigt haben. Wenn wir uns allein „Gruppe“ vom Sprachlichen her anschauen, da kommen wir dahin, dass eine Gruppe in der Regel mehr als zwei sind, denn zwei sind ein Paar.

[Heiterkeit –
Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU,
der LINKEN und den GRÜNEN]

Wir haben uns sehr genau angeschaut, weil uns als kleinste Fraktion in diesem Haus auch die Rechte von Minderheiten sehr am Herzen liegen, welche Mitwirkungsrechte sie in diesem Hohen Hause genießen. – Wir sind der Auffassung, dass Sie sehr wohl Ihr Mandat hier gut ausüben können, indem Sie sich an Parlamentsdebatten beteiligen können, Anträge einbringen können und auch in von Ihnen ausgewählten Ausschüssen mitdiskutieren können. Sie haben auch bereits an Ausschussreisen teilgenommen, um sich fortzubilden. Hätten Sie es doch nur genutzt!

[Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Beifall von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments muss jederzeit gegeben sein, und das ist ein großer Abwägungsgrund, der unseren Überlegungen auch zugrunde liegt. Und wir müssen dagegen abwägen, ob es Ermessensreduzierungen gibt – Torsten Schneider hat das ausgeführt. Aus unserer Sicht gäbe es eine Ermessensreduzierung, wenn die Gruppe so groß wäre, dass Ihnen ein voller Sitz im Ausschuss zustehen würde. Dies ist nicht der Fall bei zwei Mitgliedern, einem Paar Abgeordneter, und daher sehen wir keine Reduzierung im Ermessen dieses Hohen Hauses bei der Entscheidung darüber, ob wir eine Gruppe bilden.

Wir haben rein theoretisch in diesem Hohen Haus bei 160 Abgeordneten in dieser Wahlperiode 80 Gruppen vor uns sitzen, sollten wir denn die Möglichkeit einräumen, dass zwei eine Gruppe bilden. Und diese Gruppen wären dann auch finanziell ordentlich ausgestattet, so, dass wir da deutlich bei den Haushaltsberatungen nachsteuern müssten. Darum denke ich nicht, dass es Sinn macht, hier präjudizierend einzugreifen und zu sagen: Zwei sind eine Gruppe.

Also, die Wahrung des Abstandsgebots zwischen Fraktionen, Parlamentarischen Gruppen und einem Abgeordneten haben wir deutlich und sorgsam geprüft und sind im Ergebnis zu dem Schluss gekommen, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!